

Daniel Knep

Interview mit dem FDP-Europaabgeordneten Michael Theurer zum Thema Lebensmittelampel

Das Europäische Parlament hat am 15. und 16. Juni 2010 die Reform der Lebensmittelkennzeichnung auf den Weg gebracht. Der Europaabgeordnete Michael Theurer (FDP) betont im Interview mit der Bürgerlobby, dass Verbraucher über den Inhalt ihres Essens informiert werden sollen. Eine farbliche Kennzeichnung von Lebensmitteln vorzuschreiben, lehnt er ab. Das führe zu einer Entmündigung der Bürger. Den Verdacht, die ablehnende Haltung der Politik rühre aus dem Einfluss der Lebensmittellobby, hält er für völlig abwegig.

Herr Theurer, ist die geplante Lebensmittelkennzeichnung ein Schritt in die richtige Richtung?

Absolut. Die FDP tritt seit langem für eine transparente Nahrungsmittelkennzeichnung ein. Wenn es nach unsrem Willen geht, werden die Hersteller in ganz Europa verpflichtet, die im Produkt enthaltenen Nährwerte auf der Verpackung kenntlich zu machen.

Und was sagen Sie ganz persönlich, als Verbraucher? Was wäre, wenn Sie selbst Vater wären, der Verantwortung für die ausgewogene Ernährung seines Kindes hätte?

Gerade Eltern haben eine besondere Verantwortung für die Ernährung ihrer Kinder. Die geplante EU-Verordnung soll den Verbraucher bei der richtigen Entscheidung helfen. Persönlich bin ich dabei aber gegen jede Ideologie. Es kommt bei der Ernährung letztlich ja auch auf die Menge und nicht auf das einzelne Produkt an: ein Stück Schokolade ist für Kinder drin, wenn der Rest stimmt.

Die FDP fordert seit langem eine stärkere Beteiligung des Bundestags bei der EU-Gesetzgebung. Unter anderem würde das Thema Europa dadurch präsenter in der Öffentlichkeit und bekäme mehr Akzeptanz bei den Bürgern. Da nun etwa Frankreich, Spanien und Italien die so genannte Lebensmittelampel ablehnen, fordert die Bürgerlobby, dass den Staaten zugestanden wird, diese national einzuführen. Wie bewerten sie diesen Vorschlag?

Zunächst wurde die FDP durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabonvertrag in ihrer Position bestätigt, dem Bundestag Mitspracherechte einzuräumen was das Abstimmungsverhalten im Europäischen Rat angeht. Hinsichtlich der Ampelregelung ist meine Position: wenn ein Mitgliedsland sich für diese Form der Kennzeichnung entscheidet, wie zum Beispiel Großbritannien, ist das okay. Europaweit vorschreiben will ich allerdings nur die Nährwertkennzeichnung. Leider wird die Diskussion sehr ideologisch geführt, es ist fast schon ein Glaubenskrieg. Die farbliche Kennzeichnung durch die Ampel hat schon den Vorteil, dass sie plakativ ist. Das ist aber auch problematisch. Denn so einfach, wie die Ampelregelung suggeriert, ist gesunde Ernährung schlicht nicht. Nehmen wir ein Beispiel: Kirschen wären wahrscheinlich grün, der daraus gemachte Kirschsafft jedoch rot.

Sollte die Bundesrepublik selbstverantwortlich über die Ampelkennzeichnung entscheiden dürfen?

Vorschreiben würde ich, zur besseren Information der Verbraucher, nur die Nährwertkennzeichnung. Gegen eine freiwillige Ampelkennzeichnung habe ich nichts einzuwenden.

In Deutschland befürworten die Ampel die Krankenkassen und nahezu alle Organisationen, die sich mit gesunder Ernährung beschäftigen. Was spricht denn nun konkret dagegen, diese einzuführen?

Ich wiederhole es, um es noch mal zu betonen: In ihrer Plakativität kann die Ampel den Verbraucher auch in die Irre führen.

Wie stark und mit welchen Mitteln wirken eigentlich Interessensgruppen auf die Politiker ein? Ob Hersteller, Gewerkschafter oder Verbraucherschutzverbände: alle Interessensgruppen tragen ihre Argumente mit großem Nachdruck vor, in der EU mal 27. Es ist verständlich, dass jeder Lobbyist sein Unternehmen, sein Produkt fördern will. Aber wo fängt Bestechung an, wo hören geduldete Versuche der Einflussnahme auf?

Zugegeben eine schwierige Frage. Die EU hat sich aber strenge Transparenzvorschriften gegeben, um legitime Interessensvertretung von unsauberem Lobbyismus zu trennen. Das Europäische Parlament beweist regelmäßig, dass es unbeeindruckt von Einflussnahme abstimmt. Nehmen Sie als Beispiel das SWIFT-Abkommen, als nationale Regierungen und die USA massiv Druck gemacht haben.

Wurde Ihnen jemals Geld angeboten, um Sie zu einer bestimmten Entscheidung zu bewegen?

Nein. Ich glaube, dass eine politische Karriere dadurch sehr schnell zu Ende wäre und solche Bestechung unter anderem deswegen kaum vorkommt.

Die Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln ist in Großbritannien erfolgreich eingeführt und akzeptiert. Im Gegensatz dazu vertritt die zuständige Ministerin Aigner, die Meinung, dass sie die Verbraucher verwirren würde und deshalb nicht hilfreich sein kann. Lässt das Rückschlüsse auf den Einfluss der Interessenverbände auf Politiker ist?

Mit Verlaub, mit Ihrer Frage suggerieren Sie einen Generalverdacht, der den Entscheidungsträgern nicht gerecht wird. Ich antworte mit einem klaren Nein. Entscheidend ist doch die Information an die Verbraucher. Die einen halten eine Ampel, die anderen eine Nährwerttabelle für aussagekräftiger. Daraus sollte man keinen Glaubenskrieg machen. Ich bin jedoch dafür, dass Mitgliedsstaaten wie Großbritannien die Lebensmittelampel beibehalten dürfen.

Allerdings sind die Stellungnahmen und Kommentare der Ministerin mit den Aussagen des BLL, dem Spitzenverband der deutschen Lebensmittelindustrie, nun nicht wirklich konträr. Gewisse Ähnlichkeiten in der Wortwahl sind nicht zu überhören.

Lobbytätigkeit ist sicher nicht zu leugnen. Es kann aber nicht sein, dass jegliche Meinung oder Argumentation, die von denen der Verbraucherverbände abweicht, automatisch mit dem Verteidigen von Lobbyisten-Interessen gleichgesetzt wird. Es gibt selbstverständlich Argumente, die sich von denen der Verbraucherschützer unterscheiden. Es gibt dennoch keinen Grund, diese Argumente nicht anzuführen.

Provokativ gefragt: Wird hier eine Maßnahme zur Verbesserung von Verbraucherinformationen an der Unlust einer Ministerin und der Lobbyarbeit der Industrie scheitern? Die Österreichische Bundesarbeitskammer kommt zu dem Schluss, dass die Interessen der Industrie die Wünsche der Verbraucher überwiegen könnten.

Ich sehe keine Unlust. Die derzeitig diskutierten GDA-Modelle sind zwar nicht die optimale Lösung, stellen aber die bessere Alternative zur Lebensmittelampel dar. Wie Sie richtig bemerken, geht es um

Verbraucherinformation, nicht um Bevormundung. Der Zusammenhang zwischen Lobbyismus und eines vermeintlichen Scheiterns der Verbraucherinformation ist demnach völlig aus der Luft gegriffen.

INFO

Michael Theurer, 43, ist seit 27 Jahren FDP-Politiker. Davon war er 14 Jahre Oberbürgermeister von 26 Tausend Einwohnern in Horb (Kreis Freudenstadt, Baden-Württemberg). Der Sohn der beschaulichen Stadt ist mittlerweile eine politische Größe. Er verzichtete auf das Amt als OB und legte sein Landtagsmandat nieder. Sein Weg führte Theurer auf die politische Bühne Europas. Seit Juli 2009 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments. Zudem sitzt er als mitwirkungsberechtigtes Mitglied im EU-Ausschuss des Deutschen Bundestags. Seit Dezember 2009 ist er Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland.